S 32 AS 65/24

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Hessen

Sozialgericht Sozialgericht Darmstadt

Sachgebiet Grundsicherung für Arbeitsuchende

Abteilung

Kategorie Gerichtsbescheid

Bemerkung Rechtskraft

Deskriptoren Formvorschriften

Schriftform E-Mail-to-Fax

Telefax

Elektronischer Rechtsverkehr

Leitsätze

- 1. Die Schriftform wird ebenfalls durch ein verschriftlichtes Rechtschutzgesuch gewahrt, das mittels Telefax dem Gericht zugeleitet wird.
- 2. Die Schriftform soll gewährleisten, dass aus dem Schriftstück der Inhalt der Erklärung und die Person, von der sie ausgeht, hinreichend zuverlässig entnommen werden können.
- 3. Ausgehend von dieser
 Zweckbestimmung des
 Schriftformerfordernisses ist es
 notwendig, über die Feststellung hinaus,
 dass das fristgerecht eingegangene
 Faxschreiben des Antragstellers nicht
 unterschrieben ist, zu fragen, ob der darin
 enthaltene Rechtsbehelf von dem
 Antragsteller herrührte und dieser ihn mit
 Wissen und Wollen in den Verkehr
 gebracht hat.
- 4. Aufgrund der Art und Weise des Versendungsvorgangs, erfüllt die Nutzung eines E-Mail-to-Fax Dienstes die an die Schriftformwahrung zu stellenden Identifizierungsanforderungen grundsätzlich nicht, weshalb die Klage hierdurch regelmäßig nicht in zulässiger

Weise erhoben werden kann.

Normenkette § 90 SGG

§ 65a SGG 130 ZPO

1. Instanz

Aktenzeichen S 32 AS 65/24 Datum 22.05.2024

2. Instanz

Aktenzeichen -Datum -

3. Instanz

Datum -

Die Klage wird abgewiesen.

Auà ergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.

Tatbestand

Die Beteiligten streiten um die Kosten \tilde{A}^{1}_{4} bernahme f \tilde{A}^{1}_{4} r einen Personenbef \tilde{A}^{9} rderungsschein und f \tilde{A}^{1}_{4} r Fahrkosten zu Vorstellungsgespr \tilde{A}^{9} chen als Leistungen nach dem Zweiten Buch des Sozialgesetzbuchs \hat{a}_{1} Grundsicherung f \tilde{A}^{1}_{4} r Arbeitsuchende und B \tilde{A}^{1}_{4} rgergeld (SGB II).

Der KlĤger bezieht seit 2008 von der Beklagten Leistungen nach dem SGB II. Von der Beklagten begehrt der KlĤger unter anderem die Kostenübernahme für einen Personenbeförderungsschein, dessen fehlen von ihm als wesentlicher Grund angesehen wird, weshalb verschiedene Beschäftigungsmöglichkeiten nicht realisiert werden konnten. Ferner begehrt er die Erstattung seiner Fahrkosten zu Vorstellungsgesprächen.

Am 25. Januar 2024 hat der Kläger vor dem Sozialgericht Darmstadt Klage erhoben. Fýr die Klageerhebung hat er einen E-Mail-to-Fax-Dienst (www.AllToFax.de) genutzt. Die einseitige Klageschrift ist ýberschrieben mit \hat{a}_{\square} Dieses kostenlose Fax wurde Ihnen von A. A. (A.XXX@web.de) geschickt. Ferner ist unter der \hat{A}_{\square} berschrift \hat{a}_{\square} Absender \hat{a}_{\square} die Adresse des Kl \hat{A} ¤gers angegeben. Das Telefax endet mit der Gru \hat{A}_{\square} formel \hat{a}_{\square} Mit freundlichen Gr \hat{A} ¼ \hat{A}_{\square} en \hat{a}_{\square} . Eine Signatur oder Unterschrift tr \hat{A} ¤gt das Telefax nicht.

Der KlĤger behauptet, diverse BeschĤftigungsverhĤltnisse seien aufgrund des Fehlens eines PersonenbefĶrderungsscheins nicht zustande gekommen. Fahrkosten zu VorstellungsgesprĤchen seien trotz Vorlage von Nachweisen

abgelehnt worden. Es reiche ihm jetzt $\hat{a}_{\square}mit$ diesem Verein \hat{a}_{\square} . Es $m\tilde{A}_{4}$ sse endlich Einhalt geboten werden, deshalb wolle er $\hat{a}_{\square}die$ Sache \hat{a}_{\square} \tilde{A}_{1} ffentlich machen und klagen.

Der KlĤger beantragt schriftlich und sinngemĤÃ \square , den Beklagten zu verurteilen, die Kosten fÃ $\frac{1}{4}$ r einen PersonenbefÃ $\frac{1}{4}$ rderungsschein zu Ã $\frac{1}{4}$ bernehmen und sÃ $\frac{1}{4}$ mtliche Fahrkosten zu VorstellungsgesprÃ $\frac{1}{4}$ chen zu erstatten.

Der Beklagte beantragt, die Klage abzuweisen.

Er behauptet, Fahrkosten zu VorstellungsgesprĤchen seien dem KlĤger erstattet worden, sofern die Anspruchsvoraussetzungen erfýIlt gewesen seien. Er sei bereit, die Kosten für einen Personenbeförderungsschein sowie eines Bildungsgutscheins zum Erwerb einer IHK-Sachkundeprüfung nach § 34a Gewerbeordnung (GewO) zu übernehmen. Dass dies bisher nicht geschehen sei, sei das Resultat mangelnder Mitwirkung des Klägers.

Das Gericht hat den Kläger mit Verfügung vom 26. Januar 2024 darauf hingewiesen, dass die Klage durch das vorliegende Telefax nicht wirksam eingereicht sei. Die per E-Mail-to-Fax-Dienst eingereichte Klageschrift wahre nicht die prozessuale Form. Es trage weder eine Unterschrift, noch sei die Person des Klägers anderweitig mit hinreichender Sicherheit zu identifizieren. Das Gericht hat deshalb angeregt, die Klageschrift nochmals als Brief oder als konventionelles Telefax â□□ unterschrieben â□□ einzureichen. In der derzeitigen Form sei die Klage als unzulässig abzuweisen.

Mit Verfügung vom 27. Februar 2024 hat das Gericht die Beteiligten die Beteiligten zu seiner Absicht angehört, das Verfahren ohne mündliche Verhandlung durch Gerichtsbescheid entscheiden zu wollen.

Zur Ergänzung des Tatbestands wird Bezug genommen auf die Gerichtsakte.

Entscheidungsgründe

Die Kammer konnte durch Gerichtsbescheid gem. <u>ŧ 105 Abs. 1</u> Sozialgerichtsgesetz (SGG) entscheiden, weil der Rechtstreit keine besonderen Schwierigkeiten tatsĤchlicher oder rechtlicher Art aufweist und der entscheidungserhebliche Sachverhalt als aufgeklĤrt angesehen werden kann.

Die Klage ist bereits unzulÄxssig.

Die prozessuale Form ist durch das am 25. Januar 2024 eingereichte Telefax nicht gewahrt. Gem. <u>§ 90 SGG</u> ist die Klage bei dem zustĤndigen Gericht der Sozialgerichtsbarkeit schriftlich oder zu Protokoll des Urkundsbeamten der GeschĤftsstelle zu erheben.Â

Die Schriftform wird ebenfalls durch ein verschriftlichtes Rechtschutzgesuch gewahrt, das mittels Telefax dem Gericht zugeleitet wird und dort ausgedruckt wird (Bundesverfassungsgericht â Berfg, Beschluss vom 1. August 1996 â 1 Ber 121/95). Mittels sog. Computerfax kã nnen bestimmende Schriftsã tze ferner formwirksam durch elektronische à bertragung einer Textdatei mit eingescannter Unterschrift auf das Fax des Gerichts à bermittelt werden, soweit der Zweck der Schriftform auf diese Weise gewã hrleistet wird (vgl. auch â 130 Nr. 6 Zivilprozessordnung â 2 ZPO). Zudem ist es ausreichend, dass nur ein Hinweis angebracht ist, dass der benannte Urheber wegen der gewã hlten à bertragungsform nicht unterzeichnen kann. (Bundesgerichtshof â BGH, Vorlagebeschluss vom 29. September 1998 â XI ZR 367/97; Gemeinsamer Senat der Obersten Gerichtshã fe des Bundes â GmS-OGB, Beschluss vom 5. Februar 2000 â GmS-OGB 1/98; bestã tigt durch: BVerfG, Beschluss vom 4. Juli 2002 â DBRR 2168/00). Diese Voraussetzungen sind vorliegend nicht erfã 4 llt.

Eine an den Umständen des Einzelfalls ausgerichtete Prüfung, ob das Schreiben von dem Kläger herrührt und von diesem mit Wissen und Wollen in den Verkehr gebracht worden ist, wie sie von Verfassungswegen zur effektiven Rechtsschutzgewährung geboten ist (vgl. BVerfG, Beschluss vom 4. Juli 2002 â□□ 2 BvR 2168/00), führt im vorliegenden Fall zu keinem anderen Ergebnis.

Die Schriftform soll gewährleisten, dass aus dem Schriftstück der Inhalt der Erklärung und die Person, von der sie ausgeht, hinreichend zuverlässig entnommen werden können. AuÃ∏erdem soll sie sicherstellen, dass es sich bei dem Schriftstþck nicht nur um einen Entwurf handelt, sondern dass es mit Wissen und Willen des Berechtigten dem Gericht zugeleitet worden ist. Ausgehend von dieser Zweckbestimmung des Schriftformerfordernisses ist es notwendig, þber die Feststellung hinaus, dass das fristgerecht eingegangene Faxschreiben des Antragstellers nicht unterschrieben ist, zu fragen, ob der darin enthaltene Rechtsbehelf von dem Antragsteller herrührte und dieser ihn mit Wissen und Wollen in den Verkehr gebracht hat. Dabei war zu berücksichtigen, dass als Absender der Name des Klägers, der auch maschinenschriftlich auf dem Schreiben zu finden ist, genannt war und in dem Schreiben zusätzlich inhaltliche Informationen zum Verwaltungsverfahren und damit Daten genannt waren, die in der Regel allein dem Betroffenen bekannt sind.Â

Andererseits war vorliegend mit einzubeziehen, dass der KlĤger mit Schreiben des Vorsitzenden vom 26. Januar 2024 auf die Problematik und das grundsĤtzliches Erfordernis der eigenhĤndigen Unterschrift hingewiesen worden ist. Auch hierauf hat er nicht mit einem den Formanforderungen entsprechenden Schreiben, insbesondere nicht mit einer eigenhĤndigen Unterschrift reagiert. Ferner ist zu beachten, dass sich der KlĤger vorliegend nicht eines konventionellen TelefaxgerĤts bedient hat, wie es der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und dem Gemeinsamen Senats der Obersten GerichtshĶfe des Bundes zugrunde lag, sondern eines E-Mail-to-Fax â∏ Dienstes, offensichtlich des Anbieters www.AllToFax.de unter Verwendung eines Freemail-Accounts des Anbieters â∏web.deâ∏. Diese Dienste lassen die ungeprüfte Einrichtung von E-Mail-Accounts einschlieÄ∏lich des Telefax-Versands ohne jede

Form der Authentifizierung unter jedem beliebigen Namen zu. Hinzu tritt, dass $\hat{a} \square$ anders als bei Telefaxger \hat{A} ¤ten der Generation, wie sie der o.g. Rechtsprechung zugrunde lagen $\hat{a} \square$ nicht mehr eine vergleichsweise sichere Punkt-zu-Punkt $\hat{a} \square$ Verbindung $\hat{A} ^1$ 4ber eine (ggf. sogar noch analoge) Telefonleitung genutzt wird und eine dort (analog) $\hat{A} ^1$ 4bertragene Bild-Datei mit dem entsprechenden Erschwernis einer F \hat{A} ¤lschung Gegenstand der \hat{A} Dbermittlung ist (\hat{a} DTelekopie \hat{a} D im herk \hat{A} mmlichen Sinne). Vielmehr hat der Kl \hat{A} ¤ger offenkundig schlicht elektronische Dateien seinen web.de \hat{a} Dienst $\hat{A} ^1$ 4bermittelt und diese von dort aus $\hat{A} ^1$ 4bertragen. Dem ersten \hat{A} Dbertragungsschritt liegt daher eine rein internetbasierte \hat{A} Dbertragung zugrunde, die mit der Punkt-zu-Punkt \hat{a} D Verbindung fr $\hat{A} ^1$ 4herer Telefax-Ger \hat{A} ¤te nicht mehr vergleichbar ist und die nur sehr schwachen elektronischen Sicherungsmitteln unterliegt (siehe hierzu auch M $\hat{A} ^1$ 4ller in: jurisPK-ERV Band 3, 2. Aufl., \hat{A} \$ 90 SGG (Stand: 10.05.2024), Rn. 44; Hessisches LSG v. 13.12.2018 \hat{a} D \hat{A}

Ferner ergeben sich aus der Art und Weise der \tilde{A} bermittlung keine ausreichenden Hinweise, die die Kammer in die Lage versetzen w \tilde{A} rden die Integrit \tilde{A} t des \tilde{A} bertragenen Dokuments und die Abgrenzung desselben von einem blo \tilde{A} en Entwurf zu \tilde{A} berpr \tilde{A} fen. \hat{A}

Zwar hat die Kammer keine grundsätzlichen Bedenken hinsichtlich der Nutzung auch moderner Telefaxdienste (vgl. dagegen OLG Dresden v. 4.12.2020 â 1 22 WF 872/20; LSG NRW v. 8.4.2021 â 1 L 12 AS 311/21 B ER mAnm. Mý ller RDi 2021, 413; VG Dresden, Urteil vom 2. Oktober 2018 â 1 2 K 302/18; a.A. BAG v. 17.1.2023 â 1 3 AZR 158/22). Allerdings sind hier hinsichtlich der Authentizität und Integrität des ü bermittelten Schriftsatzes hö here Anforderungen zu stellen, als bei der Verwendung konventioneller Telefaxgeräte, um nicht letztlich eine systemwidrige Umgehung der hochgesicherten elektronischen Kommunikationsformen gem. § 65a SGG zu ermöglichen.

Die Klage konnte bereits deshalb keinen Erfolg haben.

Die Kostenentscheidung beruht auf \hat{A} § 193 SGG und entspricht dem Ausgang des Verfahrens. \hat{A}

Erstellt am: 23.05.2024

Zuletzt verändert am: 23.12.2024